Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952
1951

5 (11.8.1951)

Visual Library

BADNERLAND

HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 5 — KARLSRUHE, 11. August 1951 — Einzelpreis 10 Pf.

Bürkle-Skandal und Südweststaat

Wer trägt die Verantwortung für die verlorenen Millionenkredite? — Unterredung mit einem Mitglied des Untersuchungsausschusses des Stuttgarter Landtages

Der Kredit-Fall Bürkle hat weit über die Grenzen des Landes Württemberg hinaus berechtigtes Aufsehen erregt; denn nie wurden in der Nachkriegszeit leichtfertiger einem Manne nicht weniger als acht Millionen Kredite gegeben, als dem Stuttgarter Industriellen Willi Bürkle. Der „Fall Bürkle" hat besonders in der Presse in den letzten Wochen Beachtung gefunden, da man über die Behandlung dieses ungeheuerlichen Kredit-Falles durch die maßgebenden Stuttgarter Stellen doch den Kopf schüttelt. Es wäre uns nie eingefallen, den Kredit-Fall Willi Bürkle mit dem geplanten Südweststaat in Zusammenhang zu bringen. Es ist aber doch recht interessant, daß zwei Zeitungen von Ansehen, die „Neue Zeitung" in Frankfurt und die „Basler National-Zeitung" ausführlich zu dem Fall Bürkle Stellung nehmen und dabei den Verdacht äußern, daß die in Frage kommenden württembergbadischen Amtsstellen die Sorge haben, daß der Bürkle-Skandal die bevorstehende Südweststaat-Abstimmung ungünstig beeinflußt.

So lesen wir in der „Basler National-Zeitung" Nr. 345 vom 31. 7. 51: u. a. folgendes:

Der „Fall Bürkle" wird seit eineinhalb Jahren von den verschiedenen städtischen und staatlichen Stuttgarter Behörden behandelt wie der heiße Brei von der Katze. Der Sachverhalt ist einfach: Der sehr tüchtige — welcher Schwabe ist das nicht — schwäbische Bürger Willy Bürkle kam nach der Währungsreform auf die Idee, Salatsoßen, Malzextrakt und Keramiken zu produzieren, und die Stuttgarter Girokasse bot dem „aufstrebenden Unternehmer", der die Bekömmlichkeit der schwäbischen Spätzle durch seine Soßen zu verbessern gedachte, einen Kredit. Das Soßen- und Malzgeschäft ging schlecht, dafür flossen die Kredite immer stärker.

„Man warf mir das Geld nach"

„Man warf mir das Geld ohne weiteres förmlich nach", sagt Bürkle heute. Man gab Millionen um Millionen, bis es acht Millionen waren, denn man konnte doch nicht plötzlich aufhören und einen Konkurs riskieren, der Unruhe in den Kreis der Sparer getragen hätte, meinten die Herren der Stadt und des Ministeriums. Dabei hätte die Girokasse nach dem Gesetz nicht mehr als 1,3 Millionen geben dürfen. Vor 1½ Jahren war der Krach da und die Millionen waren endgültig futsch.

Seit 1½ Jahren „bemühen" sich Regierung und Stadt um die Klärung der Frage. Wer trägt die Schuld, wer ersetzt den Sparern der Girokasse ihr Geld, wer rührte in der Bürkle-Soße mit? Kaum ein Amt und eine hohe Person, auf die nicht ein Bürkle-Schatten fällt. Alle aber versuchen sie offenbar, den dunklen Schatten, den die Affäre auf den Südweststaat wirft, abzulenken.

Um vor den heiß umworbenen Badenern ohne Tadel dazustehen, damit ihnen der Südweststaat nicht ganz verleide, macht man seit 1½ Jahren in Stuttgart aus dem Skandal ein mystisches Rätsel. Dieser Südweststaat muß sehr vielversprechend sein, da ihm selbst ein Millionenkonkurs und die Sauberkeit des Staates geopfert wird."

So weit die Basler Zeitung. Die „Neue Zeitung" widmet dem „Fall Bürkle" in der Nr. vom 24. Juli 51 ebenfalls einen längeren Artikel ihres Stuttgarter Korrespondenten und schreibt u. a.:

„Bei der politischen Konstellation vermuten politische Kreise, das mangelnde Durchgreifen des Ministeriums und das langsame Vorgehen der Justiz seien durch „höhere Rücksichten" bedingt die uneingeschränkte Verfolgung der Verantwortlichen und der möglicherweise daraus resultierende Sturz einiger prominenter Persönlichkeiten könnten die württemberg-badische Regierungskoalition (SPD-DVP) und darüber hinaus den Südweststaatgedanken ernstlich gefährden. Daß solche hochpolitischen Erwägungen nicht von der Hand zu weisen seien, gehe u. a. auch aus der Vorgeschichte des Konkursantrages gegen Bürkle hervor, bei dem schon die Furcht vor einer „Diskriminierung des Südweststaatgedankens" eine gewisse Rolle gespielt haben soll."

Der Kredit-Fall Bürkle wurde im Stuttgarter Landtag vor Beginn der Ferien eingehend behandelt. Bei dem großen Interesse, das der kleine Steuerzahler und die Bevölkerung von Baden und Württemberg diesem „Fall Bürkle" entgegenbringt, haben wir ein Mitglied des Untersuchungsausschusses des Stuttgarter Landtages, den Abgeordneten Kühn, Karlsruhe, über seine Meinung zum „Fall Bürkle" befragt. Abgeordneter Kühn erklärte:

Der größte Sparkassen-Skandal der Nachkriegszeit

„Ich habe alle Sitzungen des U. A. von Anfang bis zu Ende mitgemacht und ich habe meine Meinung nach gründlicher Überlegung gebildet. Dabei bin ich in allem sehr sorgfältig zu Werke gegangen, denn dieser Fall ist von ungewöhnlicher Bedeutung, handelt es sich doch um den größten Sparkassenskandal in Südwestdeutschland.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß das Innenministerium keine Schuld treffe. Diese Behauptung wird nur von einer Seite aufgestellt, die mit dem Innenminister befreundet und darum am Ausgang interessiert ist. Ich bin der Auffassung, daß im „Fall Bürkle" fast alle irgendwie Beteiligten so gut wie völlig versagt haben, auch im Min. d. Innern! Und ich habe den Eindruck, daß sich der Innenminister selbst und zwar zur rechten Zeit mehr mit diesem Falle hätte beschäftigen müssen, denn es konnte für ihn kaum eine größere Aufgabe in den letzten Jahren geben wie gerade diese Sache! Und die Ergebnisse der Untersuchung stützen meines Erachtens mein Urteil in starkem Maße! Wenn man im M. d. J. alsbald energisch zugegriffen hätte, dann wären die Verluste sicher weit geringer.

Der Fall konnte leider nicht restlos geklärt werden. Es sind einige dunkle Punkte trotz größter Mühe übrig geblieben. Vielleicht rührt dies daher, daß einige Beteiligte zu sehr miteinander bekannt sind und sich nicht weh tun wollen. Das ist tief bedauerlich, denn der gewaltige Schaden von mindestens acht Millionen DM geht auf Kosten der Allgemeinheit.

Es wäre völlig verfehlt, in diesem Falle aus persönlichen oder politischen Gründen Rücksicht zu üben. Sicher ist dieser Fall gewissen Leuten, namentlich auch den Anhängern des Südweststaates, außerordentlich unangenehm. Ich kann das verstehen. Und soviel steht absolut fest: Irgend ein Anhänger Badens ist dabei nicht beteiligt. Beteiligt sind nur Groß-Württemberger! Und hier kommt eine ganze Reihe von Personen in Frage. Es ist bedauerlich, daß ich gezwungen bin, dies besonders festzustellen.

Die Persönlichkeit Bürkles ist äußerst umstritten. Und man kann sich nur sehr wundern, wie fast alle Maßgebenden auf ihn hereingefallen sind. Dies ist wohl nur aus den besonderen Verhältnissen in Stuttgart zu erklären, wo man allzuleicht dem „Stich ins Große" zum Opfer fällt. Überhaupt wäre m. E. dieser Fall irgendwo anders undenkbar und unmöglich gewesen.

Alle Verantwortlichen hatten offenbar alsbald Angst vor der Verantwortung. Und jetzt haben gewisse Leute auch noch heillos Angst vor dem Urteil der Bevölkerung bei der Volksabstimmung. Sonst aber tun diese Männer sehr stark. Sonst nehmen sie den Mund recht voll. Und was würden sie erst sagen, wenn Badener sich hier zu verantworten hätten?

Es ist schon so, wie Dr. Gerrads betont, daß „sich schwere Vorwürfe vielfach nicht ersparen lassen."

Wo blieb das Geld für den kleinen Kreditsuchenden?

Die Girokasse Stuttgart hatte nach der Währungsumstellung Geld in Hülle und Fülle. Es standen ihr auch öffentliche Mittel in großem Ausmaß, genau gesagt etwa 80 Mill. DM zur Verfügung; man wußte offenbar nicht wohin damit.

Und da kam Bürkle, der „Mann des Jahrhunderts", gerade recht. Ohne den kleinen Kreditsuchenden genügend zu helfen, hat man Bürkle das Geld zu Millionen geradezu nachgeworfen, ohne seine Kreditwürdigkeit auch nur einigermaßen ernstlich zu prüfen. Man frägt sich immer wieder: Warum? Das ist ein völliges Rätsel. Man muß da ohne weiteres an ungeklärte Beziehungen und Zusammenhänge denken.

Tief bedauerlich ist, daß durch diesen Fall Bürkle die Selbstverwaltung der Gemeinden und der Sparkassen so stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es ist zu befürchten, daß da gesetzgeberische Konsequenzen unausbleiblich geworden sind. Unsere badischen Gemeinden hätten es bestimmt nicht verdient, wenn sie gerade unter diesem Fall leiden müßten, und zwar dadurch, daß die Staatsaufsicht verschärft wird. Wir lassen es dabei einstweilen dahingestellt, ob die Staatsaufsicht beim M. d. J. in Stuttgart ihre Aufgabe wesentlich besser gelöst hat wie die Stadt Stuttgart.

Es muß damit gerechnet werden, daß der Fall Bürkle weitreichende Veränderungen in der Spitze der Stadtverwaltung Stuttgart nach sich zieht. Denn bei aller sonstigen Tüchtigkeit steht heute schon außer Zweifel, daß dort schwerste Fehler gemacht wurden. Man wird beim besten Willen nicht mehr sagen können, daß die größte württembergische Stadt eine beispielhaft gute Verwaltung besitzt. Dabei genießt gerade diese Kommune alle nur denkbaren Vorteile von Seiten des Staates. Hier hat man reichlich viel gutes Geld dem schlechten nachgeworfen, nachdem man sich einmal in diesen bitterbösen Fall hineinverstrickt hatte.

Fortsetzung Seite 2

Wird der Abstimmungstermin verschoben?

Ohne Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Abstimmung möglich

Das Land Baden hat eine begründete Klage auf Nichtigkeit der beiden Neugliederungsgesetze beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Da von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes alles abhängt, ist man in Kreisen der badischen Regierung der Meinung, daß die Abstimmung unter keinen Umständen vor der wichtigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stattfinden kann. Das kommt auch in dem Gutachten des bekannten Völkerrechtslehrers Professor Scheuner, Bonn, zum Ausdruck, der mit seinem Gutachten darlegt, daß nicht nur das sogenannte Blitzgesetz (über die Verlängerung der Landtage), sondern auch das eigentliche Neugliederungsgesetz wegen der Nichtübereinstimmung mit Artikel 118 Grundgesetz rechtlich ungültig ist.

Die badische Landesregierung hat beim Bundesverfassungsgericht nunmehr beantragt, die Abstimmung bis zur Entscheidung im Wege der einstweiligen Verfügung auszusetzen. Eine Abstimmung, so betont das Gutachten von Professor Scheuner, die nach einem in seiner Rechtmäßigkeit so stark angezweifelten Gesetz stattfindet, würde keine unbeeinflußte und echte Volksbefragung sein, daher schon deshalb annulliert werden müssen.

Der Bundesinnenminister ist nach Ansich des Gutachters durch das schwebende Verfahren ermächtigt, mit Rücksicht auf die Verfassung und das in ihr eingesetzte Bundesverfassungsgericht von der Festlegung des Abstimmungstermins vorerst abzusehen, damit das Bundesverfassungsgericht zunächst sich zu dem Antrag auf einstweilige Aussetzung der Abstimmung äußern kann.

Die Entscheidung, ob der Abstimmungstermin verschoben wird, fällt nach unseren Informationen in dieser Woche.

Die Haltung der badischen Regierung, eine Abstimmung vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter keinen Umständen durchzuführen, wird von allen Kreisen der badischen Bevölkerung begrüßt werden, weil dadurch eine dritte etwaige Abstimmung, die von den Steuerzahlern nicht verstanden würde, verhindert wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Auch Sozialdemokraten gegen Südweststaat

Gegen „Großraumplanung" und „Reißbrettgeographie"

Der Kampf um die Neugliederung der südwestdeutschen Länder ist mit sehr viel üblen Erscheinungen begleitet. Es wird immer deutlicher, daß viele Kreise, die den Südweststaat wollen, von rein privatgeschäftlichen Interessen geleitet sind. Daneben soll der Südweststaat aber auch ein parteipolitisches Geschäft werden. Einzig aus parteiegoistischen Gesichtspunkten heraus hat die Parteizentrale der SPD sich für den Südweststaat festgelegt. Die SPD verspricht sich nach der Bildung eines Südweststaates eine größere Einflußnahme auf die Bundespolitik, da sich vor allem das Verhältnis der Stimmen im Bundesrat zu Gunsten der SPD verschieben wird.

Die Marschroute von Hannover

Die SPD-Zentrale in Hannover hat ihre Parteiorganisation im ganzen Bundesgebiet straff in der Hand, und es ist bekannt, daß kein maßgebender SPD-Funktionär gegen den festgelegten Kurs angehen kann. Die badische SPD tritt also durchaus nicht aus lokalen Beweggründen für den Südweststaat ein. Sie marschiert auf der Südweststaatlinie, weil sie sich verspricht, auf diese Weise die Schlagkraft der SPD in der Bundespolitik zu erhöhen, nicht aber, weil sie davon überzeugt ist, daß dies zum Vorteil Badens gereicht. Manchem badischen SPD-Genossen ist es dabei nicht wohl in seiner Haut, und es spricht für das politische Denkvermögen eines großen Teils der badischen SPD-Anhänger und -Mitglieder, daß sie den Südweststaatkurs durchaus nicht bejahen und bei der informatorischen Volksbefragung im letzten Herbst für Baden gestimmt haben und gewiß auch bei der endgültigen Volksabstimmung für Baden stimmen werden.

Die SPD ist eine Partei mit internationalen Bindungen; die Neugründung der Sozialistischen Internationale vor wenigen Wochen hat dies aufs neue dokumentiert. Es bestehen z. B. zwischen der badischen SPD und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sehr freundschaftliche Beziehungen und das ist gut so. Der freundschaftliche Kontakt über die Schweizer Grenze hinweg kann für beide Seiten, vor allem aber für die Badener, nur Gutes bewirken. Es ist bekannt, daß gerade die Haltung der badischen SPD in der Südweststaatfrage in Schweizer SP-Kreisen Verwunderung und Kopfschütteln verursacht hat. Die Schweizer haben auch nie bei einer gegenseitigen Fühlungnahme hinter dem Berg gehalten und den badischen Genossen zu verstehen gegeben, daß sie hier eine sehr bedenkliche Politik betreiben.

Die Meinung eines badischen Sozialdemokraten

Die Sozialdemokraten von Basel-Stadt und Basel-Land haben nun in ihrem parteiamtlichen Organ, der „Arbeiter-Zeitung" vom 1. August 1951 einem badischen SPD-Mitglied Gelegenheit gegeben, eine Meinung derjenigen badischen SPD-Kreise zu publizieren, in der deutlich vom vorgeschriebenen SPD-Kurs abgewichen wird. In diesem Artikel der Arbeiter-Zeitung heißt es:

„Noch anderthalb Monate trennen uns von der entscheidenden Volksabstimmung des 16. September 1951, wo über das künftige Schicksals Badens und Württembergs entschieden werden soll, das heißt über die Frage, ob diese beiden alten Länder wiederhergestellt oder ein neues Staatengebilde, genannt ‚Südweststaat', gebildet werden soll. Beide ‚Parteien' beziehen unterdes Stellung. Natürlich sind es keine Parteien im üblichen Sinn, vielmehr rekrutieren sich ihre Anhänger aus allen politischen Parteien, da weder die CDU, noch die SPD, noch auch die FDP hundertprozentig in sich einig sind.

Angeblich hat „man" sich auf einen gegenseitigen fairen Wahlkampf geeinigt. Wenn man indes die Publikationen hüben und drüben näher besieht, die Wahl der Kampfmittel insbesondere auf südweststaat-freundlicher Seite betrachtet, wird man bedauerlicherweise eines andern belehrt. Was soll man zum Beispiel dazu sagen, daß auf der badischen Kundgebung im Verein der Badener in München drei „Journalisten" (man muß das Wort schon in Anführungszeichen setzen) den Staatspräsidenten Leo Wohleb um ein Autogramm auf einer Ansichtspostkarte baten, das ohne weiteres gewährt wurde, die Karte hintennach frankierten und an seinen Antipoden, Ministerpräsident Reinhold Maier in Stuttgart schickten, wo sie begreiflicherweise beträchtliches Aufsehen erregte und um ein Haar zu Komplikationen geführt hätte, weil man einen geschmacklosen Affront des badischen Staatschefs dahinter vermutete?! Eine Geschmacklosigkeit war es, aber nicht auf badischer, sondern auf südweststaatfreundlicher Seite. Man sollte die Urheber dieses angeblichen „Scherzes" belangen und wegen groben Unfugs bestrafen.

Verkappte Südweststaat-Propagandisten

Oder ein anderer Fall. Im vergangenen Frühjahr erschienen bei einigen gut badischen Bauern im Höllental bei Freiburg „Reisende" als angebliche Vertreter einer Kunstdüngerfirma, um auf etlichen schön gelegenen und weithin sichtbaren Wiesen Versuche mit ihrem neuartigen Kunstdünger zu machen. Die Sache sollte natürlich nichts kosten und die Bauern hätten nur den Nutzen davon. Diese Vertreter einer Kunstdüngerfabrik erwiesen sich aber als verkappte Südweststaatpropagandisten: der Wanderer und Eisenbahnreisende im Höllental konnte alsbald von weitem schon das Wort „Südweststaat" in großen Lettern lesen! Wenn nicht am Hirzberg und anderswo einige gefräßige Feldhasen und Schafe den üppigen Südweststaatwuchs mitleidlos weggefressen und die Bauern mit der Sense noch nachgeholfen hätten, wäre die Lausbuberei — denn um eine solche handelt es sich doch wohl — noch heute sichtbar.

Eine solche Propaganda mit Ansichtskarten und Kunstdünger dürfte wohl kaum mit einer fairen Propaganda zu vereinbaren sein. Das ist schon eher eine „Vorspiegelung falscher Tatsachen", wie sie das Strafgesetzbuch kennt. Vor wenigen Wochen feierte der Rheinhafen Karlsruhe sein 50jähriges Bestehen, freilich nur mit gedämpftem Trommelklang. Denn die badischen Oberrheinhäfen (letzten Endes auch der Basler Rheinhafen!) hätten in dem seelen- und farblosen Gebilde eines sogenannten Südweststaates das Nachsehen, weil dank einer im Kriege lediglich für Kriegsdauer bestimmten Tarifmaßnahme der württembergische Nekkarhafen Heilbronn einseitig bevorzugt wurde und nach wie vor bevorzugt wird. Heilbronn hat Karlsruhe längst überholt und wird sogar Mannheim bald überholen, und diese ihm gewährten Tarifvergünstigungen müssen dann wieder aus allgemeinen Steuermitteln irgendwie gedeckt werden, während das in Karlsruhe wie Mannheim investierte Millionenkapital brach daliegt. So sieht die Fürsorge Württembergs für die badischen Häfen aus!

Mißtrauen gegen den Südweststaat

Auch in sonstiger verkehrspolitischer Hinsicht wird die badische Rheintallinie einschließlich Basel in einem Südweststaat sehr zu kurz kommen. Man weiß, daß es Stuttgarts Bestreben ist, schon jetzt den großen Transitverkehr in Bruchsal nach Stuttgart—München mehr oder minder künstlich abzubiegen. Nachdem indes die Grenzerleichterungen an der schweizerisch-badischen Grenze einen flüssigeren Transit gestatten, ist der Stuttgarter Einwand hinfällig geworden, daß die badische Rheintallinie bei Basel in einen Sack ende und der Transit in Richtung Stuttgart lebenswichtiger sei. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß weite Kreise in Basel einschließlich der Sozialdemokratischen Partei dem Kommen eines eventuellen ‚Südweststaates' sehr mißtrauisch entgegensehen, wie sich das bei einem seinerzeit stattgehabten Besuche der Basler Großratsfraktion in Freiburg deutlich gezeigt hat — ein gewiß nicht alltägliches Kuriosum, daß die Schweizer Parteifreunde den badischen Parteifreunden in einer badischen Sache ins Gewissen reden mußten. Aber auch in der badischen SPD mehren sich die Stimmen, die — gerade jetzt in der letzten Phase des Kampfes — am guten Gelingen des Südweststaates zu zweifeln beginnen und lieber für das alte Baden eintreten.

Es wird — mag die Volksabstimmung zugunsten Badens oder des Südweststaates ausgehen — eine sehr starke gegnerische Minderheit übrigbleiben. Und das ist, vom politischen Standpunkte aus gesehen, sehr unerfreulich. Es wäre jedoch zu vermeiden gewesen, wenn man die Finger von der ganzen „Großraumplanung" und „Reißbrettgeographie", gelassen hätte."

Dieser Artikel der Basler „Arbeiter-Zeitung" hat in der Schweiz stärkste Beachtung gefunden. Daß man in der Schweiz für das Südweststaatprojekt ganz allgemein nur ein Kopfschütteln übrig hat, ist längst bekannt. Daß aber auch die Schweizer Sozialdemokraten es für notwendig finden, badischen Sozialdemokraten, die den Südweststaat ablehnen, ihre Zeitung zur Verfügung zu stellen, da diese sonst keine Möglichkeit haben, in deutschen SP-Zeitungen zu Worte zu kommen, hat überall aufsehenerregende Beachtung gefunden.

•

Tübingen contra Stuttgart

Wenn auch Südwürttemberg begreiflicherweise recht gerne mit Nordwürttemberg wieder vereinigt sein möchte, so ist doch das Verhältnis zwischen Tübingen und Stuttgart keineswegs völlig ungetrübt. Zum mindesten ist es nicht restlos vertrauensvoll. Dafür ein neuer Beweis!

Wie kürzlich gerüchtweise verlautete, sollte Staatspräsident Dr. Gebhard Müller, Tübingen, Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden. Plötzlich kam die Nachricht, daß Dr. G. Müller sich entschlossen habe, von einer Kandidatur für diesen Posten abzusehen. An diesen Verzicht knüpften sich einige Pressekommentare. Den interessantesten wollen wir hier wiedergeben. Die „Union", das Zentralorgan der Württ. CDU in Stuttgart, hat am 24. Juni 1951 u. a. folgendes geschrieben:

„Der Weggang Müllers von Tübingen hätte das Werk, dem er sich in den letzten Jahren vorzüglich gewidmet hat, empfindlich treffen können. Es ist ja noch lange nicht damit getan, daß das Volk am 16. September sein „Ja" zum Südweststaat sagt. Hernach ergeben sich Aufgaben von erheblicher Tragweite und müssen nicht geringe Schwierigkeiten gemeistert werden. Man verhehlt sich in Tübingen die Schwere der Aufgaben nicht, die gelöst werden müssen, wenn der Südweststaat zu einem alle seine Glieder befriedigenden Ganzen gebaut werden soll. Auch wenn der Südweststaat nicht zustande kommen sollte, und das alte Land Württemberg wiederhergestellt werden müßte, steht man vor nicht geringen Problemen. Die in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten werden durch den Kurs, der zur Zeit in Stuttgart gesteuert wird, noch vermehrt. Wer sollte in der Lage sein, hier die Dinge zu meistern, wenn nicht Dr. Gebhard Müller?"

Das ist ja allerhand! Also im Südweststaat würden sich auch für die Württemberger Schwierigkeiten und Aufgaben von erheblicher Tragweite einstellen. Sogar in Gesamtwürttemberg stünde man vor Problemen, zu deren Lösung Dr. Gebhard Müller unentbehrlich wäre. Dazu kommt, daß der heutige Stuttgarter Kurs die vielen und bedeutenden Schwierigkeiten noch vermehrt. Die Württemberger sind also bei ihrem Gang nach Stuttgart in jedem Fall mit außerordentlichen Sorgen belastet. Das ist hier offen eingestanden. Und dabei hat man sicher nicht alles gesagt, was man denkt.

Wir Badener aber sind nicht umsonst Gegner des Südweststaates!

Fortsetzung von Seite 1

Es ist schon recht schlimm, wenn festgestellt werden muß, daß in einem Ministerium in Württemberg-Baden Vertrauensseligkeit, bürokratische Unbeholfenheit, Verantwortungsscheu und mangelndes Temperament eine derartige Rolle spielen. Auch wenn die Staatsaufsicht nicht „versagt" hätte, auf der Höhe war sie bestimmt nicht. Mir selbst ist übrigens aufgefallen, wie ablehnend bestimmte Kreise im Untersuchungsausschuß der Anhörung von weiteren Sachverständigen gegenüberstanden. Es gab mir z. B. sehr zu denken, daß Dr. Schwamberger, wie ich es wollte, als Sachverständiger abgelehnt wurde.

Abg. Dr. Heinzelmann hat die Verantwortlichkeit des Innenministeriums schärfer herausgearbeitet und begründet. Er hält auch eine gewisse Haftbarkeit des Staates für Vermögensschäden als gegeben. Es erscheint ihm allerdings zweifelhaft, ob der parlamentarische Minister disziplinär verantwortlich gemacht werden kann. Ich selbst hatte es auf alle Fälle für dringend geboten, daß umgehend geprüft werden muß, ob und welche politischen Maßnahmen getroffen werden müssen.

Ich gestehe ganz offen, daß ich den Verdacht schon längst gehegt habe, daß bestimmte Leute die allergrößte Scheu davor haben, daß der Fall Bürkle das Abstimmungsergebnis für Groß-Württemberg und Stuttgart nachteilig beeinflussen könnte. Bei allseitigem gutem Willen hätte es unschwer möglich sein müssen, den Fall schneller zu behandeln. Diese Ansicht lasse ich mir durch niemand nehmen. Damit möchte ich meine Betrachtung für heute schließen. Ich bin aber jederzeit gewillt und bereit, weitere Auskünfte zu geben. Ich bin ja genügend im Bilde. Und ich werde mich durch nichts abhalten lassen, offen und frei auch meine Eindrücke wiederzugeben. Das aber bin ich dem Volke schuldig! Wer den Fall Bürkle und seine Behandlung im Parlament verzögert und aus politischen Gründen irgendeine Rücksicht übt, der schadet der Demokratie geradezu ungeheuer. Aber solche Kräfte scheinen wirklich am Werke zu sein. Das ist aufs Tiefste zu bedauern."

Die Südweststaatblamage von Forchheim

Die Kunde über die Vorgänge bei dem Heimatfest der Gemeinde Forchheim hat weithin im Lande berechtigtes Aufsehen erregt. Aber die Südweststaatler haben sicher keinerlei Anlaß, sich darüber irgendwie aufzuregen, daß ihre „Prominenten" Abg. Rimmelspacher und Dr. Unser Pfiffe und Pfuirufe entgegennehmen mußten, und daß Dr. Unser dann schließlich überhaupt nicht mehr weiterreden konnte. Das haben sich die beiden Herrn selbst zuzuschreiben.

Dem Abg. Rimmelspacher hatten es die vielen badischen Flaggen angetan. Diese hatten ihn nahezu aus dem Häuschen gebracht, als er sie sah. Und als er daran scharfe Kritik übte und vor allem auch die Gemeindeverwaltung verantwortlich machte, da ließen sich dies die Leute nicht gefallen, und das mit Recht! Rimmelspacher ist geborener Forchheimer, er hätte die Stimmung kennen können und wissen müssen, daß sich seine engeren Landsleute gerade von ihm in solchen Sachen keine Vorschriften machen lassen. Auch seine näheren Gesinnungsfreunde sind, wie man leicht hören kann, weitgehend der Meinung, daß seine Ausführungen völlig deplaciert waren. Man ist geradezu erstaunt über so viel Ungeschicklichkeit und politische Unklugheit.

Und dann kam das Allerschönste an politischer und taktischer Ungeschicklichkeit! Rimmelspachers Abfuhr ließ dem stellvertretenden „Landesvater" Dr. Unser keine Ruhe. Dieser kann ja bekanntlich auch keine gelb-rot-gelbe Fahne sehen, ohne in höchster Aufregung grün und blau zu werden. Er wollte die Situation retten, hieb in dieselbe Kerbe und hielt auch sonst die Gelegenheit für ganz besonders günstig, eine südweststaatliche Propagandarede zu halten. Aber da kam Dr. Unser sehr böse ins Gedränge. Das ließen sich die Forchheimer nun denn doch nicht bieten.

Wir Badener aber müssen nun mit allem Ernst und mit größtem Nachdruck die Frage aufwerfen:

Wann hören endlich diese politischen Entgleisungen des Herrn Dr. Unser auf? Ist es noch nicht genug damit?

Wir stehen mit dieser Frage nicht allein! Dr. Unsers politische Entgleisungen und Ungeschicklichkeiten häufen sich. Noch ist der Fall Dr. Bernheim nicht vergessen. Auch nicht die anderen Flaggenzwischenfälle!

Und wo bleibt da letzten Endes die Staatsautorität? Will Herr Dr. Unser in einer so unmöglichen Art immer wieder seine besondere Eignung für den höchsten Posten in Nordbaden beweisen? Die meisten Nordbadener haben dann bestimmt eine andere Vorstellung von der Person und dem Amt des Landesbezirkspräsidenten, zumal da sie bessere Vorbilder kennen. Uns scheint es nun wirklich an der Zeit zu sein, daß solche Vorkommnisse aufhören. Sie passen auf keinen Fall für unser altes Musterland Baden. Ja sogar in Württemberg schüttelt man darüber bereits die Köpfe.

Oder glaubt Herr Dr. Unser gar, daß er so „populär" werden kann? Man erzählt sich das. Wenn Dr. Unser mehr politische Erfahrung hätte, dann könnte er wohl kaum zu dieser Auffassung gelangen. Die Sache ist vielmehr eindeutig so: Dr. Unsers Verhalten findet bei der Masse des durchaus gesund empfindenden badischen Volkes immer mehr Widerspruch.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wollen sich die Herrn Dr. Unser und Abg. Bürgermeister Rimmelspacher damit herausreden, sie seien in Forchheim während ihrer Reden durch radikale Elemente, insbesondere aber durch Anhänger der KPD gestört worden, ohne daß dafür ein Anlaß gegeben gewesen wäre. Wenn das behauptet wird, dann befinden sich die genannten Herrn sehr im Irrtum! Die Empörung über die beiden Redner war allgemein und wurde fast von allen Anwesenden geteilt. Es mag sehr wohl sein, daß auch Kommunisten sich erregt haben. Warum denn nicht? Man hat eben so ziemlich allgemein Anstoß genommen und das Verhalten der beiden auswärtigen Redner als taktlos empfunden.

Das hat nun gerade noch gefehlt, daß man nun nachträglich die Forchheimer, weil sie ihrem Mißbehagen entsprechend Ausdruck verliehen, als „radikale Elemente" hinstellt. Damit machen die Südweststaatgenossen Dr. Unser und Rimmelspacher die Geschichte nicht besser. Im Gegenteil, das wird dazu führen, daß der badische Gedanke vor allem auf der badischen Hardt noch mehr begeisterte Anhänger findet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Württemberger gegen Südweststaat!

Eine „Stimme aus der Wüste"

Wir Badener haben es schon immer gewußt, daß ein großer Teil der württembergischen Bevölkerung entschieden gegen den Südweststaat eingestellt ist. Das Abstimmungsergebnis vom September vorigen Jahres hat es deutlich genug gezeigt, haben doch in Nordwürttemberg insgesamt nur 34 Prozent der Wahlberechtigten für den Südweststaat gestimmt. 66 Prozent haben also für dieses Staatsgebilde keinerlei Interesse bewiesen! Wenn man die „Verantwortlichen" an der Spitze hört, könnte man meinen, daß das ganze Volk in Württemberg Feuer und Flamme für Groß-Schwaben wäre. Wir aber wissen: Es herrscht auch im Schwabenland eine beträchtliche Abneigung gegen den Südweststaatgedanken. Man will dort aus begreiflichen Gründen unter sich bleiben. Wir in Baden haben bestimmt nichts dagegen. In Wirklichkeit sind hüben und drüben nur kleine Gruppen die Drahtzieher, das heißt irgendwelche besondere Interessenten, die glauben dabei irgend einen Vorteil erwerben zu können. Vor allem einige Großindustrielle und Politiker!

Viele Schwaben sind einsichtig. Sie verstehen uns Badener und kennen vor allem die verschieden entwickelte Wesensart. Und nun hat ein Württemberger seine Gedanken über dieses wichtige Problem zusammengefaßt und uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Es ist Herr Dipl.Ing. und Präsident a. D. Hermann Ruckwied in Stuttgart. Er hat sich dazu vor allem deshalb entschlossen, weil er — offenbar infolge des Drucks von oben — keine Möglichkeit besitzt, sich in einer württembergischen Zeitung zu äußern. Auch ein Zeichen der Zeit, und das in der Demokratie! Wir haben nichts gekürzt und nichts geändert. Herr Präsident Ruckwied soll bei uns in Baden voll zu Wort kommen. Und dann wollen wir sehen, ob irgend eine württ. Zeitung den Mut aufbringt, seine Meinung auch dem Volk in Württemberg zur Kenntnis zu bringen. Mit Schimpfen gegen den Verfasser wäre es auf alle Fälle nicht getan.

Eine württembergische Stimme zum Südweststaat

von Hermann Ruckwied, Präsident a. D., Stuttgart

Wenn man als Württemberger Gegner des Südweststaats ist und sich gründlich aussprechen will, so getraut man sich nicht, eine Stuttgarter Zeitung um Aufnahme zu bitten. Die Propaganda, besonders von Seiten der Regierung, ist stark und die einseitige Haltung unserer Presse ist soweit gediehen, daß Gegenstimmen gerade noch als kurze Notizen hinten im Kleindruck erscheinen. Schon vor Jahresfrist hat der Leitartikler einer Stuttgarter Zeitung stolz und kühn behauptet: Die öffentliche Meinung und die Mehrheit der Bevölkerung sind für den Südweststaat. So muß man's machen! Der weiß das ganz genau! Der Wähler hat es dann bequem. Inzwischen sind die Badener hellhörig geworden.

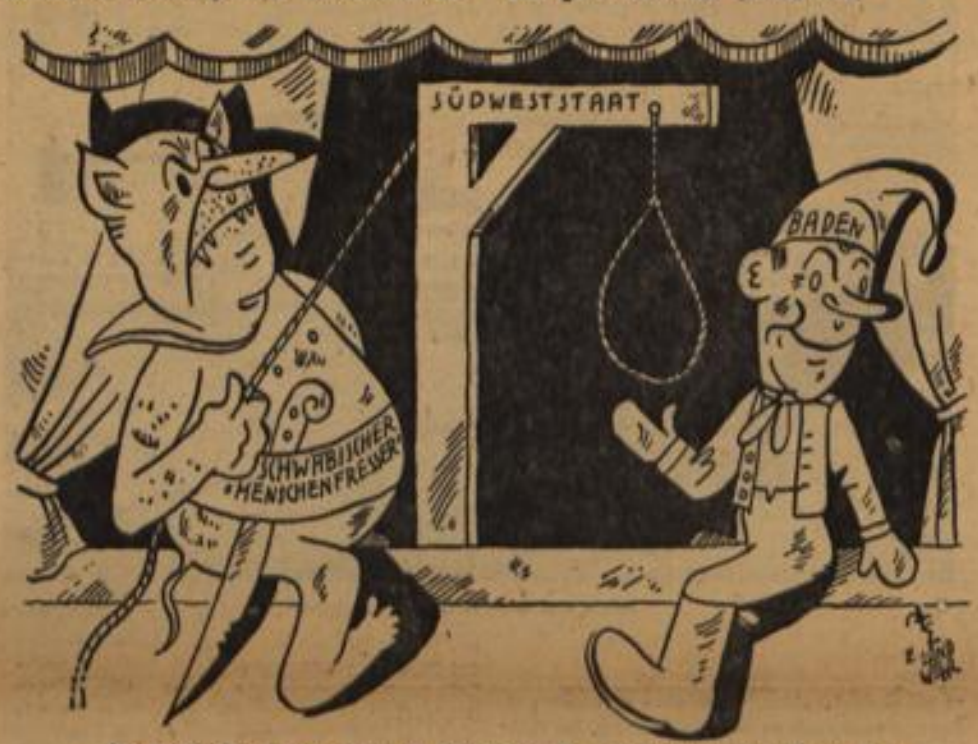
Ich war von Anfang an Gegner eines Zusammenschlusses. Es läßt sich nicht vermeiden, in den nachstehenden Ausführungen hin und wieder auf die offizielle Kundgebung im Landtag, nämlich die zwei Reden des Ministerpräsidenten Dr. Maier und des früheren Finanzministers Dr. Kauffmann einzugehen, die wir damals als „Postwurfsendung in alle Haushaltungen" erhalten haben.

Der Einfluß der Tagespresse

Der Einfluß der Tagespresse in dieser Frage ist ungeheuer. Wenn der Herausgeber der großen Zeitung, die man gerade hält, sich nicht entschließt, die beiden Seiten gleichmäßig nach Länge und Stelle zu Worte kommen zu lassen, so ist der Wähler einseitig unterrichtet und erfährt z. B. die Meinung des Badeners nur aus der Kritik des Württembergers.

Vorweg bin ich der Meinung: Für den Württemberger bedeutet der Zusammenschluß einen Anschluß Badens. Das ist für ihn fast selbstverständlich, er fühlt sich als der Stärkere nach Zahl und innerer Kraft. Um für den Anschluß zu werben, werden zu Unrecht finanzielle und wirtschaftliche Belange in den Vordergrund gestellt. Besonders die finanziellen Vorteile, die Baden einst genießen wird, werden hervorgekehrt. Man verschone uns doch mit den ewigen Zahlenreihen, den Millionen und Steuerkräften Nordwürttembergs. Sind die beiden alten Länder erst wieder in sich vereinigt, was jedermann wünscht, so wird Baden ebenso bestehen können, wie es 150 Jahre lang bestanden hat.

Und was es für wirtschaftliche Gründe für den Südweststaat geben soll, ist erst recht nicht einzusehen. Abgesehen von einigen Salzbergwerken haben wir in keinem der beiden Länder eine Grundindustrie, die an den Boden gebunden ist. Wir haben eigentlich nur Verarbeitungsindustrie und die kann sich niederlassen, wo es ihr gerade paßt, z. B. Textil. Anders ist es in Nordrhein-Westfalen, wo die Kohlenflöze unter den Landesgrenzen durchgehen, wo eine riesige Eisenindustrie mit Hochöfen, Stahl- und Walzwerken, Maschinenfabriken und allem was daran hängt, wie ein Netz über beide Länder ausgebreitet ist. Es fällt mir auf, nie etwas über diese naheliegende Parallele in den Zeitungen gelesen zu haben. Übrigens ist die Vereinigung der beiden preußischen Provinzen dadurch wesentlich erleichtert worden, daß sie seit 130 Jahren gleiches Landesrecht besitzen. Ich kenne nur eine einzige gemeinsame wirtschaftliche Angelegenheit, den Neckarkanal und der ist bis Heilbronn gebaut worden bei getrennten Ländern.



Angst hab' ich net vor dem „Menschenfresser" — aber dumm bin ich au net!

Die große Schuld der Südweststaatler

Und nun komme ich zu der menschlichen Seite. In beiden Ländern sind Menschen gleicher Herkunft, Alemannen im Süden, Franken im Norden. Es wird niemand bestreiten, daß sie in den 150 Jahren des Bestehens beider Länder zusammengeschweißt sind. Es wird aber seine Zeit gebraucht haben. Ich entsinne mich, wie bei uns in Württemberg in den Jahren zwischen 1920 und 1925 von fränkischer Seite her ein Vorstoß zur Bildung eines selbständigen Frankenlandes gemacht wurde. In schärfster Form wandten sich die Stuttgarter Zeitungen dagegen. Nicht die Ablehnung als solche, sondern die massive Art der Zurückweisung war es, die mich die Sache nicht vergessen ließ. Solche inneren Vorgänge, mögen sie ihren Ursprung haben, wo sie wollen, sind meist viel komplizierter und langwieriger als es den Anschein hat.

Eine andere Sache ist es aber mit dem Unterschied zwischen Badener und Württemberger, der eben seitdem auch geworden ist. Woher mag nun der Unterschied rühren? Württemberg ist sozusagen für sich allein aufgewachsen, es hatte keine Fremden zu Nachbarn, nicht einmal Bayern, weil dort auch Schwaben angrenzen. Anders in Baden, das ein ausgesprochenes Grenzland ist. Vielleicht kann man es so erklären, daß dort von Süden, Westen und Norden her seit langem eine andere Luft weht, in der der badische Mensch sich anders entwickelt hat.

Staatspräsident Blos war Gegner der Vereinigung

Wo stehen wir heute? Vor einem immer tiefer gehenden Zerwürfnis mit einem Nachbarstaat, mit dem wir verwandt sind und uns bisher aufs beste vertragen haben. Dürfen wir es Baden verdenken, wenn es für sich Überzeugung, Herzenssache und politischen Instinkt in Anspruch nimmt? Ein französischer Philosoph schrieb vor 2 Jahrhunderten: „Die großen Gedanken kommen aus dem Herzen". Muß es Baden nicht kränken, wenn wir ihm bei der schwerwiegenden Entscheidung „sentimentale Gefühlsduselei" unterstellen? Hat nicht Baden vor 100 Jahren einen politischen Weitblick und demokratischen Kämpfergeist bewiesen?

Der Südweststaat hat schon eine Geschichte, obwohl es noch nicht lange her ist. Die ältere Generation — soweit sie politisch empfindlich ist — wird sich dessen erinnern. In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg waren schon Bestrebungen im Gang zu einer Vereinigung. Die Zeitungen schrieben eine Zeitlang darüber, aber die Sache verlief bald im Sande. Ich sprach damals mit dem ersten württ. Staatspräsidenten Wilhelm Blos, mit dem ich befreundet war, darüber. Blos, ein gebürtiger Badener aus Wertheim, 30 Jahre lang Reichstagsabgeordneter der SPD, kannte sich natürlich in der Materie aus. Er wies die Vereinigung schnell und bestimmt von sich. Dieser alte, geschulte Politiker, nebenbei ein Historiker von Rang, hielt nichts von der Sache. (Siehe hierzu sein Buch „Von der Monarchie zum Volksstaat, S. 64 und 78 von W. Blos, Berger-Verlag, Stuttgart.) Hat sich seitdem irgendetwas grundlegendes, z. B. in der Wirtschaft ereignet? Ich wüßte nicht. Die Finanzen werden nach Katastrophen, wie wir sie eben hinter uns haben, immer hin und her schwanken. Ich behaupte, daß mit dem Begriff „Kleinstaaterei" Schindluder getrieben wird.

Ein Vergleich mit den USA bringt uns hier weiter. In den „Vereinigten Staaten", der Name klingt schon sehr föderalistisch, gibt es ganz große und ganz kleine Staaten, der kleinste ist Rhode-Island mit rund 3000 km², Connecticut hat 13 000 km², Massachusetts 21 000km². Rhode-Island hat nicht einmal eine Million Einwohner. Sie gehören zu den Gründerstaaten an der atlantischen Küste, die den Unabhängigkeitskrieg gegen England um 1780 gewonnen haben. Texas und Kalifornien sind flächenmäßig 250 bzw. 150mal größer als Rhode-Island und haben je 6—7 Millionen Einwohner, um ein krasses Beispiel zu nennen. Trotz dieser gewaltigen Unterschiede denkt in Amerika niemand daran, von Kleinstaaterei oder geringschätzig über die kleinen Staaten an der nordatlantischen Küste zu sprechen. Ich habe in den letzten Jahren eine ganze Bibliothek amerikanischer Bücher gelesen und nirgendwo etwas von Überheblichkeit darin gefunden oder von dem Wunsche, gewisse kleine Staaten zu verschlucken, oder von dem Wunsche kleiner Staaten, mit größeren Staaten zusammenzugehen, um vielleicht in Washington besser auftreten zu können. Nie würden sie den Namen ihres Landes verändern. Sie sind alle stolz auf den Anteil ihres Staates an der Geschichte der USA und auf ihre Eigentümlichkeiten, die bis zu den Küchengerichten gehen. Ehe man also den Südweststaat mit der verhaßten „Kleinstaaterei" begründen will, lohnt es sich schon, über das große Wasser hinüberzuschauen.

Zum Schluß muß ich als Württemberger sagen: Laßt doch die Hand vom Südweststaat! Das ist ja alles erzwungen! Stellt erst mal eure alten Länder wieder her und wenn ihr euch gehörig abreagiert habt, dann mögen sich die Badener überlegen, ob sie mit den Württembergern zusammengehen wollen.

Wo bleibt Deine Spende für die Heimat?

Der Arbeitsgemeinschaft der Badener stehen zur Wiederherstellung Badens nicht die Mittel zur Verfügung, wie den von den Regierungsstellen des „Kleinen Südweststaates" unterstützten Südweststaatpropagandisten. Darum spende, daß Deine Heimat in ihrer Selbständigkeit erhalten wird und nicht auf der Landkarte verschwindet.

Spenden für die Landesgruppe Oberbaden sind zu richten an die Arbeitsgemeinschaft der Badener Freiburg Postscheckkonto 7373 Freiburg, oder an die Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes der Arbeitsgemeinschaft der Badener Karlsruhe, Postscheckkonto Karlsruhe 35 186.

Badener, merkt Euch das!

Man kann's nicht oft genug beteuern!
Wer nicht überfahren werden will,
muß selbst ein Auto steuern!

Schwäbisch-badischer Fischfang



Komm, Nachbar - Wir angeln zusammen ... | und sparen so allerhand | Hab' ich's net gsagt? | Jaa - geangelt hammer zusamma aber esse tu ich allein ! !

Kehl und das Land Baden

Je näher der Termin der uns von Württemberg via Bonn verordneten Volksabstimmung rückt, der das Schicksal Badens für alle Zukunft entscheiden soll, je verworrener und fadenscheiniger werden die Propagandasätze der Südweststaatler. Genauer gesagt: von württembergischer Seite hört man schon gar nichts mehr, die großen Worte von dem vielen Geld, das man aus den gefüllten württembergischen Kassen nach Baden schmeißen werde, um den verlotterten Badenern endlich mal auf die Beine zu helfen, sind längst verklungen, sie waren auch nur so lange notwendig, um vor Jahr und Tag den Südweststaatgedanken überhaupt in die Welt zu setzen und vor allem, um in Baden einige Dumme zu finden, die daran glauben, die dann von sich aus die Anschlußpolitik an Württemberg betreiben sollten.

Diese badischen Helfershelfer des württembergischen Südweststaates stehen auf einem bedauernswerten Posten. Sie sollen uns Badenern irgendwie klar machen, daß wir für den Südweststaat stimmen sollen, ohne daß sie auch nur die bescheidenste Aussage darüber machen können, was im Südweststaat mit Baden oder einzelnen markanten badischen Projekten und Problemen z. B. mit Kehl gemacht werden soll. Die Erklärung dafür ist sehr leicht:

Stuttgart hat kein Interesse für Kehl

Württemberg standen für die große Linie der Südweststaatpropaganda zwei Wege offen. Bei dem einen hätte man den derzeitigen Staatshaushalt so aufstellen müssen, daß man als reicheres Land mit überfüllten Kassen vor die Öffentlichkeit hintreten und den Badenern hier erklären könne, seht, so viel Geld haben wir, das alles gehört euch wenn ihr Südweststaat wählt und mit diesem Gelde werden wir in Baden Straßen bauen, die Rheintalbahn ausbauen und elektrifizieren, die Häfen intensivieren, Kraftwerke bauen, an diesem und jenem Punkt Industrie ansiedeln und vor allem der heimgesuchten Stadt Kehl helfen, sie neu aufbauen, dem Hafen wieder seine frühere Bedeutung geben usw. Man hätte genau sagen müssen, was man da und dort und in ganz Baden zu tun gedenkt.

Dieses Verfahren hätte zwei ganz wesentliche Nachteile gehabt. 1. hätten die Badener die Württemberger im gemeinsamen Südweststaat-Landtag einmal an diese Versprechen ermahnen können, und man wäre dann vielleicht nicht ganz darum herum gekommen, diese Versprechungen zum Teil einzuhalten und 2. wäre der Bundesfinanzminister aufgekreuzt und hätte freudig die große Überfülle aus der württembergischen Kasse für den Bund einkassiert, denn bekanntlich sorgt der Bund durch den Finanzausgleich dafür, daß kein Land sein ganzes Geld für sich verbraucht und daran sind wir Badener gewiß nicht schuld.

Man schlug also den zweiten Weg ein und stellte den Haushalt so auf, daß er mit Millionen Defizit endet. Einmal um vor dem Bund als finanziell hart bedrängtes Land dazustehen und zum anderen um den Badenern zu sagen: seht, schon wir im kleinen Südweststaat müssen mit dem Pfennig rechnen, wie wird es da erst sein, wenn ihr euren Staat allein betreiben wollt, da wäre euer Bankerott von vornherein sicher, gemeinsam im großen Südweststaat werden wir uns aber schon durchschlagen. Den eigenen Landsleuten in Württemberg aber sagt man heute, daß dieses Defizit nur daher komme, weil man das arme Nordbaden mit durchschleppen müsse.

Baden teilt die Kehler Sorgen

Man kann es unter diesen Umständen unseren Südweststaatpropagandisten nachfühlen, wie schwer es ihnen fällt, einige plausible Sätze zusammenzuklauben. Geradezu ein Musterbeispiel dafür bildet ein Artikel, den Herr K. W. Leicht, vom Kehler Südweststaatskomitee, am 14. Juli in der „Kehler Zeitung" veröffentlichte. Die ganze Weisheit dieses umfangreichen Artikels besteht — neben einer lächerlich einfältigen Polemik um das Thema „Heimatliebe" — darin, daß er immer wieder von den leeren badischen und den gefüllten württembergischen Kassen spricht (obwohl die derzeitige Etatberatung in Stuttgart erschreckend deutlich das Gegenteil beweist), deren sagenhafter Überfluß dereinst nach Kehl fließen werde.

Wir halten keinen Kehler für so naiv, daß er sich etwa der Illusion hingibt, Württemberg werde die von langer Hand vorbereitete und tatkräftig in Angriff genommene Verkehrspolitik, deren Kern die Abstufung des Schiffahrtsweges über den Neckarkanal bildet, zugunsten einer Bevorzugung und starken Frequentierung des Kehler Hafens aufgeben. Wenn schon Mannheim, wenn schon Karlsruhe, also völlig intakt gebliebene Häfen und Bahnanlagen, durch die württembergische Verkehrspolitik und die tarifliche Bevorzugung des Hafens Heilbronn stärkste Verluste erlitten haben und noch erleiden werden, dann kann gar keine Rede davon sein, daß in einem Südweststaat, in dem Württemberg die Majorität besitzt, der Platz Kehl als weiterer Rheinhafen bevorzugt ausgebaut und frequentiert wird. Das sind die nüchternen Tatsachen und man kann Württemberg seine Politik auch gar nicht übelnehmen. Jedem liegt letzten Endes das Hemd näher als der Rock.



Blick auf den Kehler Rheinhafen Photo: Schiltz

Herr Leicht nimmt die Dinge sehr leicht. Er meint allein mit der Heimatliebe könne man keinen Staat machen und der Staat könne nicht von der Heimatliebe alleine leben. Das stimmt zweifellos. Aber auch der Südweststaat wird nicht von den vagen Vorstellungen und wirren Fantasien leben, mit denen manche Leute bei uns in Baden diesen Staat herbeisehnen. Für uns Badener ist der eigene gesamtbadische Staat nicht nur eine Sache des Herzens und eine Forderung nach Wiedergutmachung eines gröblichen, durch die Alliierten verursachten Unrechts, sondern eine Forderung der politischen und wirtschaftlichen Vernunft. Die Stadt Kehl hatte durch den Kriegsausgang schwerstens zu leiden gehabt, aber Baden und niemand anders hat mit ihm gefühlt, seine Sorgen geteilt und dieser Stadt durch immerwährende Anstrengungen geholfen. Es war selbstverständlich, daß das kleine halbierte Land Baden Kehl zur Hilfe eilte, daß der badische Staatspräsident und die Regierung in all den Jahren keine Gelegenheit vorübergehen ließen, durch Verhandlungen mit der Besatzungsmacht das Los der Stadt Kehl zu erleichtern, denn Kehl war ein Stück Badens. Wir haben nichts davon vernommen, daß etwa Württemberg einen freiwilligen Beitrag zur Unterstützung Kehls, das man heute so sehr umwirbt, geleistet hätte, im Gegenteil, man fiel von der amerikanischen Zone her dem Staatspräsidenten sogar in den Rücken, wenn er sich in Verhandlungen mit führenden Franzosen oder direkt am Quai d'Orsay um die Freigabe Kehls bemühte, indem man ihm zu weitgehende Franzosenfreundlichkeit vorwarf.

Badens Beitrag für Kehl

Über die Leistung, die das halbierte Baden von 1948 bis heute für Kehl aufgebracht hat, mögen folgende Zahlen ein Bild geben. Es wurden vom Staat gewährt: Beihilfen und verlorene Zuschüsse in Höhe von 544 537 DM, für Besatzungswohnungen 1950 und Haushaltsausgleich 1951 850 000 DM. Für Hausratshilfe an 1038 Rücksiedler bis 30. 6. 51 612 240 DM (d. s. durchschnittlich je Partei 685 DM). Für Aufbauhilfe in 134 Fällen 797 400 DM und an 14 Ostflüchtlinge 49 500 DM. An Wohnungsbaudarlehen aus Landesmittel und Notopfer Kehl 3 Millionen DM. Aus dem Kreiskontingent wurde der Stadt bis heute überwiesen 645 300 DM und 300 000 DM zur Errichtung des Diakonissenhauses Kork. Die badische Regierung setzte es durch, daß an Kehler aus Mitteln der Soforthilfe rund 150 Prozent mehr ausgezahlt werden konnte, als dies nach dem Gesetz im Bundesgebiet gestattet ist.

Der Ausbau und Inbetriebnahme des Hafens und des Bahnhofs und die Wiederingangsetzung der Industrien und Neuansiedlung von Industrien ist vorbereitet und wird sofort in Angriff genommen, sobald der Vertrag über den Kehler Hafen im September in Kraft tritt. Auch dieser Vertrag ist ein Ergebnis der Bemühungen allein der badischen Regierung. Es ist selbstverständlich, daß das zukünftige Gesamtbaden alles daran setzen wird, dem Platz Kehl seine alte Bedeutung wiederzugeben, im ureigensten Interesse des badischen Landes, denn Baden, besonders Mittelbaden, ist auf den Hafen und die Industrie Kehls angewiesen. Kehl ist ein bedeutender Faktor in der badischen Wirtschafts- und Verkehrskonzeption, wird aber im Südweststaat eine äußerst untergeordnete Rolle spielen. Nicht nur aus Heimatliebe, sondern aus realen Vernunftsgründen ist es daher für jeden Kehler eine Selbstverständlichkeit, seine Stimme für die Wiederherstellung Badens abzugeben.

•

Badischer Wochenspiegel

Die Leistungsschau der badischen Turner in Offenburg

Das Landesturnen in Offenburg am Wochenende war nicht nur ein großes turnerisches Erlebnis, sondern auch eine Demonstration für Gesamtbaden. Zum ersten Male in der Nachkriegszeit trafen sich 12 000 Turner und Turnerinnen vom Main bis zum Bodensee, die unter dem Gesang des Badnerliedes, das während der Turnerfesttage überall in Offenburg zu hören war, am Sonntag in einem eindrucksvollen Festzug durch Offenburg marschierten. Dieser Festzug gab ein eindrucksvolles Bild der Vielgestaltigkeit des Badnerlandes. So sah man zahlreiche Turnkreise mit Trachten und wieder andere zeigten die Eigenart ihrer Landschaft, wie beispielsweise der Turnverein Buggingen, bei dem Bergleute mitmarschierten. Die Fauststadt Staufen war mit Faust und Gretchen erschienen und Bruchsal kam mit einem großen Bierfaß mit der Aufschrift: „Brusler Dorscht!" Staatspräsident Wohleb überbrachte am Samstag bei der Kundgebung die Grüße der badischen Regierung.

•

Höhepunkt des Bühler Zwetschgenfestes

In der Metropole der „Blauen Königin" in Bühl erreicht das traditionelle Zwetschgenfest am Sonntag, den 12. August, mit einem großen Festzug seinen Höhepunkt. Die mit dem Zwetschgenfest verbundene Leistungsschau für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe weist einen starken Besuch auf. Wirtschaftsminister Dr. Lais, Freiburg, betonte bei der Eröffnung der Ausstellung, daß bei dieser Leistungsschau vor allem auch der Gedanke der Solidarität aller Stände zum Ausdruck komme.

•

Karlsruher Heimatabend

Einen hoffnungsvollen Auftakt für die bevorstehende Abstimmung, die über das Schicksal der badischen Heimat entscheidet, bildete der Heimatabend der Arbeitsgemeinschaft der Badener, Kreis Karlsruhe Stadt und Land, am Samstag, in dem mit badischen Farben geschmückten Räumen des „Elefanten". Die Beteiligung an diesem Heimatabend war so stark, daß viele keinen Platz mehr finden konnten. Stadtrat Jung als Vorsitzender des Kreisverbandes Karlsruhe Stadt und Land begrüßte die Erschienenen, teilte mit, daß die Organisation der Arbeitsgemeinschaft der Badener seit der letzten Volksbefragung noch weiter ausgebaut wurde und erklärte, daß man mit Zuversicht in den Kampf um die Zukunft des Badnerlandes gehe, der hart aber fair unter der Parole: „Los von Stuttgart, für Gesamtbaden vom See bis an des Maines Strand" geführt werde.

Landtagsabgeordneter Regierungsdirektor A. Kühn bezeichnete in seiner Ansprache Karlsruhe als das Herz und Kernstück Badens und die Liebe zur badischen Heimat als Haupttriebfeder des Kampfes der Arbeitsgemeinschaft. Der 16. September 1951 müsse ein Ehrentag für Baden werden. Wer an diesem Tag nicht für Baden stimme, sei für Groß-Württemberg.

Merkwürdige Propaganda-Methoden

Politische Propaganda hat es zu allen Zeiten gegeben, sie ist ein erlaubtes Mittel der politischen Auseinandersetzung und hat bis zum Auftreten gewisser Propagandamethoden, wie sie der Nationalsozialismus beliebte, des anrüchigen Beigeschmacks, den sie seither nur schwer wieder los wird, durchaus ermangelt. Was aber hat ihr diesen üblen Beigeschmack eingetragen — eine Frage, die zugleich das Unterscheidungsmerkmal zwischen anständiger erlaubter und unanständiger übler Propaganda erkennen läßt. Die Entscheidung ist am ehesten anhand eines praktischen Beispiels zu treffen. Geben wir ein solches Beispiel.

Die Vereinigung Südwest, Aktionsausschuß Karlsruhe, gibt unterm 28. 7. 1951 folgendes Schreiben an prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens heraus:

Sehr geehrter Herr X. Y.!

Wie Ihnen bekannt ist, findet am 16. September d. J. die Abstimmung über die Bildung des Südweststaates oder die Wiederherstellung der alten Länder statt. Zur Eröffnung des Abstimmungskampfes beabsichtigt die Vereinigung Südwest, einen Aufruf an die hiesige Bevölkerung zu erlassen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie sich bereit erklären würden, diesen Aufruf mit zu unterzeichnen. Wir fügen in der Anlage einen Freiumschlag bei und bitten Sie höfl., uns möglichst umgehend Ihr Einverständnis mitzuteilen. Da dies der die Abstimmung einleitende erste Aufruf der Vereinigung Südwest an die Öffentlichkeit sein wird, bitten wir bis längstens 10. August um Ihre Rückäußerung.

Sollten wir bis zu diesem Zeitpunkt nicht im Besitze derselben sein, setzen wir Ihr stillschweigendes Einverständnis voraus und werden uns gestatten, Ihren Namen als Mitunterzeichner des Aufrufes anzuführen.

Für Ihre Bereitwilligkeit unseren besten Dank,

Mit vorzüglicher Hochachtung!

VEREINIGUNG SUDWEST
Aktionsausschuß Karlsruhe

gez. Dr. E. Schiele, Rechtsanwalt — W. Schopf, Stadtrat — A. Schwar, Landrat

Mit diesem Rundschreiben wird also der Versuch gemacht, Unterschriften für einen Aufruf zu gewinnen, dessen Inhalt den vorgesehenen Unterzeichnern im einzelnen völlig unbekannt ist, es wird außerdem versucht, aus einer etwaigen Nichtbeantwortung des Rundschreibens politisches Kapital für den Südweststaat insofern zu schlagen, als die Nichtbeantwortung einem stillschweigenden Einverständnis gleichgeachtet wird, und schließlich wird in der Öffentlichkeit der Eindruck zu erwecken versucht, als hätten die Unterzeichner des beabsichtigten Aufrufs von seinem Inhalt zuvor volle Kenntnis genommen und ihn mit ihrer Unterschrift gebilligt. Kein Zweifel, daß damit in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck erweckt und dieser Umstand vom Aktionsausschuß Karlsruhe der Vereinigung Südwest durchaus in Kauf genommen wird. Ein Musterbeispiel für Propaganda wie sie nach den Erfahrungen, die wir im Dritten Reich mit solchen Propagandamethoden gemacht haben, heute nicht mehr vorkommen dürfte und daher nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Wie uns bekannt, ist dies auch von einigen der Adressaten, an die man sich mit diesem ungehörigen Ansinnen gewandt hat, in eindeutiger Weise geschehen. Wir sind nun auf den Aufruf und seine Unterzeichner gespannt, denn wir können daraus ohne weiteres ersehen, wer in Fragen des politischen Takts eine gute Kinderstube genossen hat oder wem das Gefühl hierfür abhanden gekommen ist. Zweifelsohne werden die Unterzeichner des auf diese Weise zustande gekommenen Aufrufs sich nicht zu den Leuten mit guter Kinderstube rechnen dürfen. Im übrigen weiß aber die Öffentlichkeit schon jetzt, was sie von den Propagandamethoden der Südweststaatler und ihrem Aufruf zu halten hat.

Herausgeber und verantwortlich: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener e. V., Karlsruhe, Kaiserstraße 86, Telefon 3448. Die Wochenzeitung „Badnerland" erscheint wöchentlich.

Druck: G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg